

## SDG-GIPFEL 2023 – DIE ZEIT ZU HANDELN IST JETZT

Der „SDG-Gipfel“ der Vereinten Nationen (United Nations, UN) im September 2023 markiert die Halbzeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Hier werden Staats- und Regierungschefs die Bilanz des Umsetzungsstands der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) ziehen. Sie fällt negativ aus:

828 Millionen Menschen leiden unter chronischem Hunger. 258 Millionen Menschen sind von akuter Nahrungsunsicherheit betroffen. Ende 2021 lebten schätzungsweise 659 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze von 2,15 US-Dollar pro Tag. Rund zwei Milliarden Menschen arbeiten in prekären, informellen Jobs. Weitere rund 570 Millionen Menschen sind Kleinbäuer\_innen. Deren ohnehin schon nahe oder unterhalb der Armutsgrenze liegende Einkommen sinken durch die hohen Preise bei Grundnahrungsmitteln und die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Erträge deutlich. Soziale Sicherungssysteme erreichen weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung. Mehr als vier Milliarden Menschen verfügen über keine Form sozialer Sicherung.

Die Folgen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Kriegs und des Klimawandels haben die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit weltweit weiter wachsen lassen. Bisher erreichte Fortschritte bei der SDG-Umsetzung wurden ausgebremst oder sogar rückgängig gemacht. Die Auswirkungen bekommen besonders verwundbare Gruppen, Frauen und Kinder sowie ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu spüren.

Sie leiden häufig unter Ernährungsunsicherheit und müssen im Krankheitsfall oftmals Gesundheitsausgaben aufbringen, die sie in noch extremere Armut abrutschen lassen. Die Geschlechter- und Generationengerechtigkeit sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die globalen Ziele erreicht werden.

Gleichzeitig verfügt die Mehrheit der Staaten über immer weniger finanzielle Mittel, um ihre Bevölkerungen mit grundlegenden sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen zu versorgen. Mittlerweile sind 64 Prozent, das sind 136 Länder, des Globalen Südens kritisch verschuldet. Besonders betroffen sind Länder der Regionen Lateinamerika und Sub Sahara-Afrika.

Die unzureichende Umsetzung der Agenda 2030 ist nicht allein auf die Folgen der Corona-Pandemie oder des Ukrainekriegs zurückzuführen. Bereits vorher ging die Umsetzung der globalen Ziele nur sehr schleppend voran. Um überhaupt noch in die Nähe einer Zielerreichung zu gelangen, braucht es jetzt politischen Willen, ambitionierte und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattete Maßnahmen.

## Die SDG lassen sich nur mit internationaler Solidarität erreichen

Nationale Nachhaltigkeitsstrategien können die SDG-Erreichung unterstützen. Anhand zielgerichteter Maßnahmen können sie auf die SDG hinwirken. Damit die am meisten von Armut betroffenen sowie verwundbare und benachteiligte Gruppen erreicht werden, braucht es gendersensible, rechtebasierte und auf diese Bevölkerungsgruppen ausgerichtete disaggregierte Indikatoren. Besonders dringlich sind Reformen in der internationalen Finanzpolitik. Denn Schulden, Steuerhinterziehung und -vermeidung schränken den politischen Handlungsspielraum ein. Sie (re)produzieren soziale Ungleichheit.

Internationale Solidarität ist dringend notwendig und mit ihr die Aufrechterhaltung der Zusagen für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA). Dies gilt insbesondere für die Finanzierung sozialer Grunddienste wie der sozialen Sicherung und der allgemeinen Gesundheitsversorgung. Diese müssen auch verwundbare und benachteiligte Gruppen erreichen. Zudem muss das multilaterale System so reformiert werden, dass es den Staaten hilft, die globalen Herausforderungen zur Erreichung der Agenda 2030 zu meistern.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, sich beim SDG-Gipfel und in seiner Folge dafür einzusetzen, dass folgende Maßnahmen bis 2025 ausgearbeitet und umgesetzt werden:

- Eine **grundlegende Reform des internationalen Finanzsystems**, die unter anderem
  - einen **internationalen Entschuldungsmechanismus**, der private und institutionelle Gläubiger einbezieht, sowie
  - eine **UN-Steuerkonvention** umfasst, die globale Steuergerechtigkeit herstellt und
- dafür sorgt, dass (trans)nationale Unternehmen dort Steuern zahlen, wo sie Gewinne erzielen.
- Die **Stärkung der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung** im Bereich der Ernährungssicherung, der sozialen Sicherung und der Gesundheitsfinanzierung durch
  - **Bereitstellen von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens** für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und **davon 0,2 Prozent für die ärmsten Länder**.
  - **ehrgeizige Finanzzusagen** mit Signalwirkung für einen **internationalen Finanzierungsmechanismus für soziale Sicherheit**.
  - die **Neuberechnung der Bedarfsgrundlage** für die ODA-Leistungen zur Unterstützung inklusiver Gesundheitssysteme.
- Die **Entwicklung und Umsetzung holistischer und integrierter Ansätze im Schnittbereich von Ernährung, Gesundheit und Klima**. Sie müssen die weltweite Ernährungssicherheit und Gesundheitssituation verbessern und die Menschenrechte auf Nahrung und Gesundheit verwirklichen. Ansätze müssen unter anderem
  - **nachhaltige, klimaresiliente lokale bzw. regionale Ernährungssysteme schaffen**, die denjenigen zugutekommen, die am stärksten von Hunger und Fehlernährung betroffen sind, und
  - zu **einer qualitativen Verbesserung der Ernährung** beitragen, vor allem in den ersten 1.000 Tagen nach der Geburt, und

- die **Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt ganzheitlich in den Blick nehmen**, beispielsweise mit Ansätzen wie „One Health“ oder „Planetary Health“, und
  - eine **stärkere Verzahnung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit** gewährleisten, wie sie in der Katastrophenvorsorge oder der vorausschauenden Humanitären Hilfe angelegt ist.
- Im Sinne der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik muss das **Gender-Mainstreaming sowie die Einbeziehung verwundbarer und benachteiligter Gruppen in allen Bereichen des Außenhandelns der Bundesregierung** umgesetzt werden. Gesetze und Maßnahmen, die die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter, benachteiligter Gruppen sowie Kinder, Jugendlicher und ältere Menschen be- oder verhindern, müssen abgeschafft und durch solche ersetzt werden, die deren Gleichstellung sicherstellen.
- **Die Entwicklung und Umsetzung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien** durch alle UN-Mitgliedsstaaten. Hierfür müssen, wenn nötig mit internationaler Unterstützung, solide Datenbanken für evidenzbasierte Politik aufgebaut werden, um niemanden zurückzulassen.
- Die **Stärkung des multilateralen Systems**, vor allem der UN. Dies umfasst eine grundlegende Reform der UN bezüglich ihrer Governance und Aufgaben sowie Mechanismen zur umfassenden Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen und zur Schaffung von mehr Transparenz.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.  
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin  
Tel.: 030/2 63 92 99-10  
E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

### Redaktion

Dr. Sonja Grigat

### Mitarbeit

AG Globale Nachhaltigkeitspolitik

### Endredaktion

Lars Hoffmann  
Berlin, Juli 2023

Diese Maßnahme wird finanziert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des BMZ

